

Der Juniorpartner 22.07.2015



PARIS/BERLIN (Eigener Bericht) - In harschem Ton erteilen deutsche Politiker und Außenpolitik-Experten der französischen Opposition gegen die Berliner Austeritätsdiktate eine Abfuhr. Zu den Vorschlägen des französischen Staatspräsidenten, die

divergierenden Ökonomien der Eurozone mit Hilfe einer Wirtschaftsregierung zusammenzuhalten und deren Politik durch ein eigenes Parlament demokratisch zu kontrollieren, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hans-Peter Friedrich, dies komme nicht in Frage: Schließlich würde damit die Souveränität über die nationalen Haushalte eingeschränkt. Davon wäre auch Deutschland betroffen. Die Bundesregierung hat gerade erst Griechenland zu der Preisgabe zentraler Souveränitätsrechte bei finanziellen und wirtschaftspolitischen Themen gezwungen, die sie für sich selbst strikt zurückweist. Bezüglich der Bemühungen von François Hollande, die Berliner Spardiktate gegenüber Griechenland auszuhebeln oder doch zumindest abzuschwächen, moniert eine Mitarbeiterin der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Hollande scheine sich "im Augenblick von der Rolle des deutschen Juniorpartners emanzipieren zu wollen". Frankreich solle stattdessen lieber "den Kurs des nationalen Profilierens auf Kosten seines engsten Partners möglichst bald wieder verlassen."

Geteilte Souveränität

Berlin weist französische Forderungen nach einer Reform der Eurozone schroff zurück. "Man will Europa über Technokraten zusammenzwingen. Das geht schief", behauptet der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hans-Peter Friedrich über Pariser Pläne, die erheblich divergierenden Ökonomien der Eurozone mit Hilfe einer Wirtschaftsregierung zusammenzuhalten und deren Politik mit einem eigenen Eurozonen-Parlament demokratischer Kontrolle zu unterwerfen. Diese Pläne, die Staatspräsident François Hollande am Sonntag in einem Namensartikel vorgetragen hat, sind mittlerweile von Ministerpräsident Manuel Valls vertieft worden. Valls hat vorgeschlagen, eine "Avantgarde" innerhalb der Eurozone solle die Vorbereitung einer Eurozonen-Regierung und eines sie kontrollierenden Parlaments umgehend in Angriff nehmen; eine solche "Avantgarde" könne von den sechs Gründungsmitgliedern der früheren EWG gebildet werden, also von Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg.[1] Berlin hingegen ist dazu nicht bereit. Den Grund für die Ablehnung benennt Hans-Peter Friedrich: "Ein Budget für die Euro-Zone bedeutet eine Entmachtung der nationalen Haushaltsverantwortlichen." Weil davon auch Deutschland betroffen wäre, weist Berlin den Plan zurück.[2] Griechenland hingegen hat auf deutschen Druck seine Souveränität über finanzielle und wirtschaftspolitische Fragen in der Einigung über das sogenannte Hilfspaket preisgeben müssen.[3]

"Nationales Profilieren"

In harschem Ton weist darüber hinaus eine Mitarbeiterin der vom Kanzleramt finanzierten Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) die französische Staatsführung zurecht. Im Umfeld des Eurozonen-Sondergipfels am 12./13. Juli habe Präsident Hollande "die deutsche Seite ungewohnt scharf kritisiert", beschwert sich die Expertin über Hollandes Bemühungen, den deutschen Durchmarsch auf dem Treffen zu verhindern: Sogar noch nach der Einigung mit Griechenland habe er sich "sehr deutlich gegen die Verhandlungsführung Deutschlands positioniert - obwohl er ja eigentlich in den Vordergrund hätte stellen können, was man gemeinsam erreicht hat".[4] Paris müsse sich "den Vorwurf gefallen lassen, Deutschland nicht entschieden zur Seite gesprungen zu sein, als sich die Kritik an der deutschen Verhandlungsführung mehrte". Die SWP-Mitarbeiterin urteilt über den französischen Präsidenten: "Hollande scheint sich im Augenblick von der Rolle des deutschen Juniorpartners emanzipieren zu wollen"; "nun tritt er die Flucht nach vorn an". Das müsse sich ändern: Frankreich müsse "den Kurs des nationalen Profilierens auf Kosten seines engsten Partners möglichst bald wieder verlassen." Berlin könne allerdings Hollandes Lage etwas erleichtern, indem es "deutlich mache", dass

Frankreich "nicht nur" sein "Juniorpartner" sei.

Vizekanzler

Als eine Art "Juniorpartner" der Bundesrepublik ist Frankreich im deutschen Polit-Establishment bereits vor vier Jahren belächelt worden. Anfang 2011 schrieb der politische Chefkorrespondent der Nachrichtenagentur Reuters in Berlin, Andreas Rinke, auf der Online-Präsenz der führenden deutschen Außenpolitik-Zeitschrift ("Internationale Politik"), Angela Merkel sei "längst nicht mehr nur Deutschlands, sondern auch 'EU-Kanzlerin'". Ihr komme in der EU faktisch eine Art "Richtlinienkompetenz" zu. Frankreichs Präsident - damals hatte Nicolas Sarkozy dieses Amt inne - könne zwar "zweifelloso die Rolle des Vizekanzlers" beanspruchen, der seinerseits "durchaus die Initiative" übernehmen dürfe. Doch könne er "im Konfliktfall von der Kanzlerin immer wieder gebremst werden".[5] Der Reuters-Chefkorrespondent beschrieb damit als einer der ersten offen die deutsche Dominanz über die EU, deren Folgen inzwischen offen zutage zu treten beginnen.

[1] Valls/UE: les fondateurs à "l'avant-garde". www.lefigaro.fr 19.07.2015.

[2] Unions-Fraktionsvize Friedrich erteilt Hollandes Vorschlag Abfuhr. www.tagesspiegel.de 20.07.2015.

[3] S. dazu [Die Politik des Staatsstreichs](#) .

[4] "Deutschland muss deutlich machen, dass Frankreich nicht nur der Juniorpartner ist". www.swp-berlin.org 14.07.2015.

[5] Andreas Rinke: Die EU-Kanzlerin. Angela Merkel überträgt ihren Regierungsstil auf die europäische Ebene. www.internationalepolitik.de 21.01.2011. S. dazu [Die Kanzlerin Europas](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com